

Marktkommentar

Koalitionsverhandlungen: Gute Chancen für Standort

- *Schlanker, effizienter Staat*
- *mehr Leistungs- und Lohndruck*
- *längere Lebensarbeitszeit*

14. Nov. 2017

Die mögliche Bildung einer türkis-blauen Regierung sollte auf Grund der ambitionierten, in die Zukunft gerichteten Zielsetzungen unter der Prämisse einer sozial verträglichen Umsetzung zu einer deutlichen Verbesserung der Standortqualität Österreichs führen. Dies ist das Fazit des Bankhauses Krentschker, das die Programme von ÖVP und FPÖ und den Stand der laufenden Koalitionsverhandlungen analysiert hat. Einschränkend merken die Experten des Hauses an, dass Proteste und Streiks allerdings nicht auszuschließen sind, wenn das Koalitionsabkommen zu sehr zu Lasten der SPÖ-Wähler vereinbart werden sollte.

Schlanker Staat - Kürzung von Leistungen

Beide Parteichefs wollen einen schlanken, effizienten Staat mit weniger Regulierungen und wollen dieses Ziel so umsetzen, dass es über die Legislaturperiode hinaus wirkt. Diese Zielsetzung, vielleicht als „Agenda 2030“ tituliert, ist aus Sicht der Wirtschaft, Investoren und Bevölkerung zu begrüßen, da unumgängliche Reformen nunmehr auf den Weg gebracht würden, analysiert Krentschker. Der Erfolg einer solchen Agenda werde aber auch von Determinanten wie etwa Bildung, Forschung & Entwicklung, Digitalisierung oder einer energieeffiziente Infrastruktur geprägt sein.

Für österreichische Arbeiter und Angestellte bedeutet die Umsetzung der politischen Programme künftig mehr Leistungs- und Lohndruck verbunden mit längerer Lebensarbeitszeit. Einsparungen bei der Mindestsicherung, im Gesundheits- und Spitalswesen oder bei der Bildung sind zu Lasten der Leistungsempfänger zu erwarten.

Übereinstimmungen und Unterschiede

Das Ergebnis der Nationalratswahl 2017 zeigte anhand des Stimmenzuwachses, dass die Wahlprogramme der „neuen“ ÖVP sowie der FPÖ in mehrheitlichem Maße der Wille des Volkes sind. Inhaltlich weisen die Programme viele Übereinstimmungen auf: So besteht zum Beispiel weit gehender Konsens bei den Themen Höhe der Steuerentlastung, Migration und Integration, der Ablehnung nationaler Kompetenzabgabe an die EU, der Bejahung von mehr direkter Demokratie, der Absage an die Abschaffung der Landtage sowie ein Nein zur Einführung neuer Steuern.

Programmunterschiede bestehen bei folgenden Punkten: Während sich die ÖVP bislang gegen die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft bei den Kammern ausspricht, ist die FPÖ dafür. Die ÖVP wünscht mehr Kompetenzen für den Bundeskanzler, die FPÖ lehnt dies ab. Ebenso gibt es unterschiedliche Ansätze bei der Gegenfinanzierung zur geplanten Steuerentlastung, beim uneingeschränkten Freihandel und marginal auch beim Sicherheitspaket.

Entlastungen und Gegenfinanzierung

Die besonders ambitionierte steuerliche Entlastung von 12 – 14 Mrd. Euro soll insbesondere bei den Einkommensteuern sowie den Lohnnebenkosten in der Höhe von rund 7 – 8 Mrd. Euro umgesetzt werden. Zusätzlich plant die ÖVP in weiteren Bereichen, etwa bei der Steuerprogression, bei Eigenheim und Familie Entlastungen von rund 5 Mrd. Euro, während die FPÖ in diesen Punkten die Bevölkerung und circa 2 Mrd. Euro entlasten will. Auch für juristische Personen ist im Rahmen der Körperschaftssteuer eine Steuerreduktion von mindestens 1 Mrd. Euro geplant. Ziel ist es, die aktuelle Steuerquote von 43,1 % auf 40 % zu reduzieren. Diese wäre somit niedriger als jene in Deutschland (40,7 %) und läge dann etwa auf dem Niveau der Niederlande (40,1 %). Die Koalitionsverhandler wollen auf diesem Wege finanzielle Mittel für Investitionen und Konsum generieren.

Bei der Gegenfinanzierung bestehen jedoch unterschiedliche Ansätze: Hier wird seitens der ÖVP der Schwerpunkt auf das künftige Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum sowie die Staatsausgaben gelegt. Beide Faktoren sollen jeweils 4 – 5 Mrd. Euro einbringen. Die FPÖ ortet Einsparungspotenzial insbesondere im Sozial- und Gesundheitssystem in der Höhe von 5,8 Mrd. Euro sowie im Förderungswesen bzw. dem Föderalismus von jeweils 1,8 Mrd. Euro.

Geringe Spielräume

Der von beiden Parteien im Rahmen der Koalitionsverhandlungen in Auftrag gegebene Kassasturz als Bestandsaufnahme sei durchaus zu begrüßen, so die Experten von Krentschker, ändere aber wenig am finanziellen Spielraum der neuen Bundesregierung. Wie eng dieser ist, zeigen auch die Beschlüsse der Vorgängerregierung, die das Budget mit zusätzlich rund 3 Mrd. Euro belasten. Trotz erfreulicher Konjunktur wird für das Staats-Budget 2017 gemäß Bundesministerium für Finanzen ein Maastricht-Saldo von minus 1,2 % erwartet. Die öffentliche Verschuldung soll jedoch von 83,2 % auf 80,9 % - gemessen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) – sinken. Gemäß den EU-Konvergenzkriterien wären beim öffentlichen Schuldenstand maximal 60 % zulässig. Diese Quote erreicht derzeit nicht einmal Deutschland, wo die Staatsverschuldung derzeit bei rückläufiger Tendenz rund 64 % beträgt.

Wirtschaftsforscher und Rechnungshof haben der Politik in den letzten Jahren vielfältige Vorschläge für Sparmaßnahmen geliefert. Zuletzt hat das Wirtschaftsforschungsinstitut EcoAustria im Oktober 2017 in seiner „Policy Note No. 20“ für Österreich folgende Effizienzpotenziale (in Prozent des BIP) bei Erhalt des Leistungsniveaus im internationalen Vergleich errechnet: in der Allgemeinen Verwaltung 3,6 Mrd. Euro (z.B. 1,1% zu Niederlande); bei der Bildung 2,6 Mrd. Euro (z.B. 0,8 % zu Deutschland) und bei Gesundheitsleistungen 5,9 Mrd. Euro (z.B. 1,7% zu Finnland). Laut Studie erscheint die Finanzierung einer Abgabenquotensenkung auf 40% realisierbar – und das ohne das aktuelle Leistungsniveau abzusenken, so Krentschker.

Kammern: Pflichtmitgliedschaft abschaffen?

Weiters soll eine Reform bei der Sozialpartnerschaft umgesetzt werden. Im Gespräch ist die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft bei der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Arbeiterkammer. Die Wirtschaftskammer Österreich bekam 2016 734 Mio. Euro, die Arbeiterkammer 433 Mio. Euro an Mit-

gliedsbeiträgen. Beim Österreichischen Gewerkschaftsbund als vierte Institution besteht bekanntlich freiwillige Mitgliedschaft. Die Sozialpartnerschaft wird im Ausland als das österreichische Modell für Verhandlungsdemokratie wahrgenommen. Die Kammern erbringen umfangreiche Leistungen für ihre Mitglieder, und gemäß einer Studie der Tiroler Wirtschaftskammer von Oktober 2017 soll die Sozialpartnerschaft für ein Drittel des BIP-Wachstums verantwortlich sein. Bedeutend ist auch die Exportunterstützung der WKO für ihre Mitglieder sowie die sehr wenigen Streiktage in Österreich als Folge der gelebten Sozialpartnerschaft. Eine Reform der Sozialpartnerschaft im Sinne einer exakten Aufgabenabgrenzung zur Politik muss nicht unbedingt nachteilig für die Kammern sein. Die Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft könnte den Mitgliedern überlassen werden, so die Meinung der Krentschker-Experten.

Über das Bankhaus Krentschker

Das Bankhaus Krentschker wendet in seinem Vermögensmanagement konsequent das BalanceOne®-Konzept an. BalanceOne® bedeutet antizyklisches Investieren: Kaufen, wenn die Märkte fallen und verkaufen, wenn die Kurse steigen.

1923 vom Privatbankier Moritz Krentschker gemeinsam mit zwei weiteren Gesellschaftern gegründet, steht die Bankhaus Krentschker & Co. AG heute zu 100% im Eigentum der Steiermärkischen Sparkasse. Als eigenständiges Tochterunternehmen der Steiermärkischen Bank und Sparkassen AG ist sie Teil der Solidität der größten südösterreichischen Bankengruppe. An den beiden Standorten Graz und Wien-Innere Stadt sind insgesamt rund 100 Mitarbeiter beschäftigt. Neben dem Vermögensmanagement bietet das Bankhaus Krentschker seinen Kunden auch das Sortiment einer Vollbank und Finanzierungen, insbesondere im Bereich Immobilien.

Foto: Mag. Karl Trummer © Krentschker

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

Mag. Karl Trummer T +43 316 8030 – 387 43
karl.trummer@krentschker.at

oder

Mag. (FH) Claudia Kernbichler, Marketing und Kommunikation
T +43 316 8030 - 388 10, claudia.kernbichler@krentschker.at